Antifaschistische Aktion

Wehrt euch und kämpft!
Rebellion ist gerechtfertigt!

Monatliches revolutionäres Infoblatt / Österreich

März 2016 • No 21 • 0.8€

SOLIDARITÄT MIT DEN FLÜCHTLINGEN!

Schließung der Grenzen und Verschärfung der imperialistischen Widersprüche bedeuten neue Gefahren für die Völker der Welt!

Der Anstieg der Migrationswelle aus Syrien, Irak, Afghanistan und anderen Ländern des mittleren Ostens hat in der letzten Zeit eine weitere Verschärfung der Widersprüche zwischen den großen Imperialisten USA und Russland aber auch innerhalb der EU gebracht. Die Mörder der Völker, die den imperialistischen Krieg in Syrien und der weiteren Region führen oder indirekt, z.B. durch die Versorgung mit Waffen, unterstützen, und die Flüchtlingswellen verursachen, tun jetzt so als ob das Flüchtlingsproblem vom Himmel gefallen wäre!

Es geht nicht, wie von den Politikern und bürgerlichen Medien verbreitet wird, um die Gefahr einer „humanitären Krise", die die europäischen Länder bewältigen müssen, noch um die konkrete Anzahl von Flüchtlingen, die jedes Land übernehmen kann. Wie viele Migranten von jedem europäischen Land übernommen werden ist mit den Profiten, die die Imperialisten aus diesen Menschen ziehen werden, verbunden, sowie mit dem Druck, den die imperialistischen Länder (Deutschland, Frankreich, usw.) auf die unterdrückten Länder ausüben. Die sogenannte Bewältigung der „Flüchtlingskrise" hat hauptsächlich damit zu tun, welche Interessen die verschiedenen imperialistischen Länder im Aggressionskrieg in Syrien haben und wie sie ihre Rolle bei diesem Konflikt verstärken können.

...weiter auf Seite 8



Protest in Idomeni an der griechisch/mazedonischen Grenze.

Uneingeschränktes Arbeitsrecht, Bleiberecht und Mobilitätsrecht!



EINGEKASTELT

- Neues zum Aufbau der GG/BO Sektion Österreich

- Black Panther Mitglied Albert Woodfox nach beinahe 44 Jahren entlassen

Seite 5

FEMINISMUS

■ ***Berichte zum 8.März, dem internationalen Frauenkampftag***

■ ***50. Jahre: Lernt aus den Erfahrungen der Kulturrevolution***

Seite 10, 11

KONTAKT

Redaktion der Antifaschistischen Aktion:
red.afa@gmx.at

VERKAUF

*Die **Antifaschistische Aktion** kann man in den folgenden Buchhandlungen kaufen:*

ÖGB Verlag Buchhandlung
Rathausgasse 21
1010, Wien

Lhotzkys Literaturbuffet
Taborstr. 28/Eing.
Rotensterngasse 2
1020, Wien

Librería Utopía - radical bookstore vienna
Preysinggasse 26-28
1150 Wien

Buchhandlung Alex
Hauptplatz 21
4020 Linz

LESE-EXEMPLARE

Arbeiterkammerbibliothek
Wienerstraße 7
7000 Eisenstadt

Café Gagarin
Garnisonsgasse 24
1090 Wien

Café Derwish
Lerchenfelder Gürtel 29
1160 Wien

Kulturverein w23
Wipplingerstrasse 23
1010 Wien

ABO

Es gibt die Möglichkeit die **antifaschistische Aktion** 11 Mal im Jahr per Post dirket nach Hause zu bekommen!
Kosten: 20 Euro
Bestellung an:
red.afa@gmx.at

Die Antifaschistische Aktion erscheint monatlich, jeweils zur Monatsmitte.

TERMINE

WIEN

Kundgebung anlässlich des 17. Jahrestags der Beginn des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien
Donnerstag 24. März 2016 | 18:00 | Stephansplatz, 1010 Wien

Roter Frauenstammtisch in Ottakring
23. März 2016 | 19:00 | Cafè West, Deinhardsteingasse Ecke Bachgasse

LINZ

Demonstration: "Verkehrswende jetzt"
Freitag 1. April | 16:00 | Martin-Luther-Platz, 4020 Linz



OÖ / WELS

Deutschtum und religiöse Propaganda!

Seit den letzten Landtags- und Gemeinderatswahlen in Oberösterreich ist Wels die einzige FPÖ-regierte "größere" Stadt Österreichs. Der dortige blaue Bürgermeister Andreas Rabl verfasste nun einen Leitfaden mit definierten „Lernzielen" für den Unterricht in Kindergärten. Einfach absurd sind die darin enthaltenen „Lernziele" wie beispielsweise „Die Kinder haben verschiedene Entspannungsübungen erlernt und können diese im Alltag individuell einsetzen", denn wie soll solch ein „Lernziel" von den PädagogInnen überprüft werden? Alles andere als "einfach absurd", sind hingegen weitere von Rabl und der Welser FPÖ festgehaltene Ziele. Beispielsweise dass Kinder „mindestens fünf deutschsprachige Gedichte und fünf deutschsprachige Lieder vortragen bzw. singen können müssen". Rabl sieht also im „deutschsprachigen Gedicht/Lied" einen Wert an sich. Nicht der Gehalt des Gedichtes/Liedes zählt, sondern nur die Sprache in der es ursprünglich (!) verfasst ist.
Gleichzeitig sollen Brauchtum und Tradition von den PädagogInnen dadurch „gefördert" werden, dass zu christlichen Feiertagen ein Besuch der Kirche „angeboten" wird. Natürlich können sich Rabl und seine Blauen nicht über alles hinwegsetzen, was bisher galt – wie beispielsweise eine gewisse, wenn auch ohnehin viel zu wenig ausgeprägte, Trennung von Kirche und Staat. Doch die Tendenz der „Lernzieldefinition" für die Welser Kindergärten ist klar: Deutschtum und Christentum werden wieder in den Vordergrund gerückt, Kultur und christliche Religion werden gleichgesetzt – und das in öffentlichen Erziehungseinrichtungen!
Dass die Kindergärten Landessache sind und gar nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters fallen, kümmerte Rabl dabei nicht. Wieso sollte es auch, denn diverse andere im Landtag vertretene Parteien machte gegen den Alleingang der Welser FPÖ nicht mobil, sie ließen Rabl, seine Deutschtümelei und seine religiöse Propaganda einfach gewähren und schauen bloß müde dabei zu.



WIEN

Bericht: Kundgebung von BDS

(Boykott. Devestment. Sanctions.)

Freitag, 11. März, Stephansplatz: Die österreichische BDS Sektion organisierte eine Kundgebung. Diese war Teil der „Israel Apartheid Week" – eine internationale Solidaritätswoche mit der Bevölkerung Palästinas die in den durch Israel besetzten Gebieten lebt. Bei der Kundgebung versammelten sich ca. 100 Leute um ihren Protest gegen die rassistische Politik Israels auf die Straße zu tragen.

Die Reden auf der Kundgebung von BDS, der Palästinensischen Jugend und anderen solidarischen Kräften, wiesen vor allem auf die Notwendigkeit der Unterstützung des palästinensischen Kampfes durch die internationale Boykott Kampagne BDS, sowie durch die gerechtfertigte Kritik an Israel, auch hier in Österreich, hin. Sie richteten sich ebenso gegen den täglichen Rassismus im „Westen", sowie gegen die heuchlerischen Vorwürfe des „Antisemitismus".

Es ist Notwendig den palästinensischen Widerstand auch hier in Österreich zu unterstützen. Die internationale Solidarität mit dem gerechtfertigten Kampf der Palästinenser, in Verbindung mit dem Kampf gegen jegliche Unterstützung an den zionistischen Apartheids-staat Israel*, das ist die Aufgabe aller antifaschistischen, antirassistischen und antiimperialistischen Kräfte!



* Mehr dazu findet ihr in der Ausgabe 19 der afa, unter dem Titel ***"ISRAEL: Der Vorposten der USA und EU in der arabischen Welt!"***. Gerne schicken wir euch diese Ausgabe auch als pdf zu, schreibt an **red.afa@gmx.at**!

LINZ

Angriff auf Roma Zeltplätze

Gleich drei Brandanschläge gab es vergangenen Monat auf Roma Familien in Linz. Ziel waren Zeltplätze neben der Mühlkreisautobahn (zwischen Vöestgelände und Postgarage) und ein Zeltplatz unterhalb der Waldeggstraße. Die Zelte und jeder Besitz der Familien ist verbrannt, verletzt oder getötet wurde zum Glück niemand!
Das war ein gezielter Anschlag auf die Roma Familien, die dort schon seit geraumer Zeit leben!

Es gibt immer wieder Übergriffe von Rassisten und Faschisten – ebenso wie es durch einige europäische Staaten massive Angriffe auf Roma und Sinti gibt. In den vergangenen Jahren kam es in Mitteleuropa beispielsweise zu Zwangsaussiedelungen. Antiziganismus ist bis heute Bestandteil der herrschenden Ideologie und Politik!

Angriffe auf Roma und Sinti – das ist Gewalt die von allen AntifaschistInnen beantwortet werden muss!
Kampf dem Antiziganismus – Tod dem Faschismus!

WIEN

Demonstrationen gegen die herrschende Asylpolitik

Am 13.März versammelten sich in Liesing über 1000 DemonstratInnen um sich gegen eine rassistische FPÖ Kundgebung zu stellen. Konkret geht es um die Eröffnung eines Asylheims in Liesing, welches für rassistische Hetze und Wahlwerbung von der FPÖ benutzt wird. Viele der Anreiner beteiligten sich auf der Demo, einige hängten Flaggen aus den Fenstern um sich solidarisch zu zeigen.
Am 19. März gab es eine zweite Großdemonstration gegen die Asylpolitik. Es beteiligten sich etwa 10.000 Leute, teilweise sehr laut und kämpferisch. Von AktivistInnen des Revolutionären Aufbaus wurden Flugblätter verteilt (siehe Seite 9) und unteranderem folgende Parolen gerufen (welche wir für sehr verbreitenswert finden):
Frontex, Krieg und Völkermord - das ist der EU Export!
Das wahre Gesicht ihrer Demokratie - Massenmörder das sind sie!



Internationale Nachrichten zum antifaschistischen Kampf



DEUTSCHLAND

Zweitliga-Fußballer spielen in Trikots mit antifaschistischem Slogan

HAMBURG-ST.PAULI - Die Fußballer des FC St. Pauli liefen am 12. Februar in ihrem Heimspiel in der 2. deutschen Fußball-Bundesliga gegen RB Leipzig in Trikots mit dem Schriftzug „Kein Fußball den Faschisten“ auf. Die Aktion bildet den Abschluss einer Reihe verschiedener Veranstaltungen, die der Fanladen St. Pauli rund um den internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust durchführte. Der Slogan "Kein Fußball den Faschisten" ziert auch seit dem Neubau der Gegengerade in großen Buchstaben die Tribüne des r-Stadions.

AfD-Europapolitikerin „getortet“



KASSEL – Bei einer nichtöffentlichen Parteikonferenz in Kassel am Sonntag, den 28. Februar, wurde die Europaparlamentarierin Beatrix von Storch von der „rechtspopulistischen“ bis nazistischen Partei „Alternative für Deutschland“ von einem als Clown verkleideten „Geburtstagsgratulant“, der das Lied „Happy Birthday“ anstimmte, „getortet“. Der „Angreifer“ wurde seither von den keinen Spaß verstehenden Anhängern der AfD aufs Übelste beschimpft und mit dem Tod bedroht. Unter dem Motto „Tortaler Krieg“ bekannte sich im Internet die Aktionsgruppe „Peng Collective“ zu der Aktion, als Reaktion auf die einige Wochen zuvor erfolgten Äußerungen von Storchs, die einen Schusswaffeneinsatz gegen die deutsche Grenze überschreitende Flüchtlinge, auch gegen „unbewaffnete Frauen und Kinder“, „nicht ausschließen“ würde (siehe die Meldung dazu in der letzten Ausgabe).

USA

Präsidentschaftskandidat ruft Anhänger zum „Schwur“ auf

ORLANDO, 4.März: Der in den Umfragen und nach bisherigen Delegiertenstimmen klar führende republikanische Kandidat, der durch Fernseh-Shows und Immobilien- Geschäfte bekannt gewordene Milliardär Donald J. Trump, hielt eine Präsidentschafts Wahlveranstaltung ab.
Er rief seine Anhängerschaft in dem südöstlichen US-Bundesstaat dazu auf, mit an den Hitlergruß angelehntem erhobenen rechten Arm „feierlich zu schwören, dass [sie, was auch immer sein möge], am 12. [März, dem Datum der Vorwahlen in Florida] für Donald J. Trump als Präsidenten stimmen werde[n]“. Sie folgten der Aufforderung. Trump sorgt seit Beginn seiner Kampagne im Sommer 2015 durch seine faschistischen und rassistischen Äußerungen (vor allem gegen Afroamerikaner, Mexikaner und Muslime) und durch seine Aufforderung zu offener Gewalt gegen und Gängelung von Protestierenden bei bei seinen Wahlkampfveranstaltungen für Aufsehen (so rief er u.a. nach Zwischenrufen ins Publikum: „schlagt ihn zusammen“, „schlagt ihm ins Gesicht“, „nehmt ihm seine Jacke weg, es hat Minusgrade draußen“).

GROSSBRITANNIEN

Weniger Rechte fürs Volk, mehr für den Staat

Nachdem in Frankreich der Ausnahmezustand in die Verfassung geschrieben wurde, macht die Welle der zunehmenden Repression die momentan über Europa fegt auch vor der Insel nicht halt. Ganz im Gegenteil: der britische Staat ist in vielen Sachen Vorreiter. So wird zum Beispiel schon seit längerem geplant den Human Rights Act ('Menschenrechtsgesetz', das die Europäische Menschenrechtskonvention in Britischem Recht umsetzte) abzuschaffen. Der oberste Staatsanwalt meint dazu nur: „Das Menschenrechtsgesetz abzuschaffen wird uns helfen Menschenrechte zu schützen.“

Dass das wohl nie die Absicht der Herrschenden ist sollte klar sein, denn jedes Recht, das sie uns geben, musste schwer erkämpft werden. Dass das im Britischen Fall sicher nicht so ist zeigt auch ein Gesetz, das gerade vom Parlament verabschiedet wird: die sogenannte 'Schnüfflercharta'. Ähnlich wie unser neues Staatsschutzgesetz werden die Rechte der Geheimdienste ausgeweitet bzw. bisherige Vorgehensweisen legalisiert. Aber auch die herkömmliche Polizei darf nun etwa Internetnutzung überwachen und Handys hacken.

Wir dürfen keine Illusionen in die Institutionen der Bourgeoisie haben, egal ob Parlament oder EU. Was sich gerade abspielt, von Großbritannien über Frankreich bis zu uns in Österreich, ist eine EU-weite Attacke gegen das Volk und eine deutliche Bewegung hin zum offenen Faschismus.

EINGEKASTELT

Georg Huß ab 1.März frei!

Georg Huß, Gefangener in der Justizanstalt Graz-Karlau, begann damit, die erste Sektion der Gefangenen-Gewerkschaft in Österreich zu gründen. Vor allem seine Aktion, als er sich den Mund aus Protest zunähte und der damit verbundene Hungerstreik sorgte für große mediale Resonanz. Der Aufbau einer Gefangenengewerkschaft in Graz-Karlau ist dem österreichischen Staat jedoch offensichtlich ein Dorn im Auge. Wie wir letzte Ausgabe berichteten gab es zahlreiche Zellenrazzien, Georg Huß sollte verlegt werden - und nun wird er am 1. März entlassen. er wird nach Deutschland zurückgeschoben, mit Einreiseverbot nach Österreich, obwohl er noch 2 Jahre im Gefängnis absitzen müsste!
Dies geschah nicht etwa wegen "guter Führung", der österreischische Staat fürchtet ganz offensichtlich, dass auch hier das Modell der GG/BO ein Erfolg sein wird. Die plötzliche, vozeitige Entlassung, ist nicht nur ein Zeichen dafür, dass es richtig ist den Kampf um gewerkschaftliche und demokratische Rechte auch im Häfn zu entwickeln, sondern auch, dass versucht wird jeglichen Widerstand bereits im Keim zu ersticken!

Voran im Aufbau der Gefangenen-Gewerkschaft in Österreich!
Volle Gewerkschaftsfreiheit im Häfn!

Gefangener in der JA Graz-Karlau seit zwei Monaten im Hungerstreik!

Der Kollege Oliver Riepan, der mit dem entlassenen Gewerkschafter Georg Huß in der Justizanstalt (JA) Graz-Karlau für vollzugs- und gewerkschaftspolitische Forderungen in den Hungerstreik getreten ist, führt diesen seit dem 10. Januar 2016 konsequent durch. Er hat im Verlauf dieser Zeit bereits 20 Kilo Gewicht verloren.
Bislang wird dieser fortgesetzte Gefangenenprotest weitgehend von der Öffentlichkeit ignoriert. Zeigt euch solidarisch, informiert eure Freunde, KollegInnen, Familie - überlegt euch Soliaktionen und schreibt dem Kollegen!

Oliver Riepan
JA Graz-Karlau
Herrgottwiesgasse 50
A - 8020 Graz

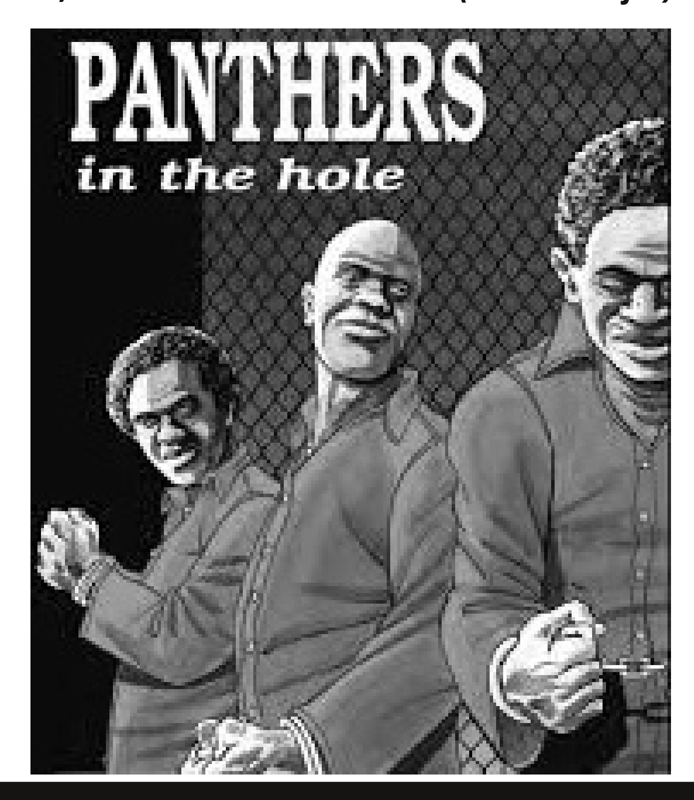
Infos und Kontakt: gefangenengewerkschaft.de // ggbo@ggbo.de// fb: Gefangenen-Gewerkschaft / bundesweite organisation
Postanschrift in Österreich: GG/BO Österreich, C.o. Solidarwerkstatt, Waltherstraße 15, 4020 Linz

Längster Isolationshäftling der USA nach knapp 44 Jahren Haft entlassen

Albert Woodfox, ein ehemaligen Black Panther Aktivist kam Ende Februar nach 43 Jahren und 10 Monaten Einzelhaft frei. Er war einer der "Angola 3" neben Herman Wallace und Robert King, die der Justiz ein besonderes Dorn im Auge waren, da sie sich gegen Missstände und Rassismus in dem auf einer ehemaligen Sklavenplantage erbauten Gefängnis wehrten.

Die "Angola 3" gründeten in einem der größten, repressivsten und rassistischsten Gefängnisse in den USA eine Gefangenen-Sektion der Black Panthers. Sie organisierten Mithäftlinge um gegen die Spaltung der Insassen, die Ausbeutung bei der Häftlingsarbeit, Korruption, Gewalt und Missbrauch zu kämpfen. Darauf folgte eine Repressionswelle, in der unter anderem den " Angola 3" ein Mord an einem Gefängniswärter angehängt wurde.
Urteil: Lebenslänglich! Bis heute konnte die Schuld an dieser Tat keinem der drei bewiesen werden. Dennoch hat Albert Woodfox 44 Jahre, bis zu seinem 69. Lebensjahr, in einer 5 m2 Zelle verbringen müssen, in Isolationshaft!
Jetzt ist er frei und auch nach so langer Zeit nicht gebrochen worden! Er wird weiter für die Rechte der Schwarzen und der Inhaftierten kämpfen, sagt er. Wir wünschen ihm die nötige Kampfkraft!

"I promised myself that I would not let them break me, not let them drive me insane." (Albert Woodfox)



Aufgenommen in Innsbruck: Agitation für den 8.März und gegen die bürgerlichen Wahlen.

TIROL: Die Wahlen sind geschlagen

Wider kommt es einem so vor wie "Viel Lärm um Nichts". Viel Geld für Wahlkampfwerbung, angebliche Zwiste zwischen den Parteien und das Ausschlachten des Themas Asyl und Flucht, um dann nach der Wahl den selben Kurs weiterzufahren der schon angestimmt wurde, vielleicht unter anderem Namen, oder anderer Farbe.
Interessant sind die Zahlen der Wähler und Nichtwähler. Wahlberechtigt waren rund 490.000 Personen, davon wurden ca. 350.000 Stimmen abgegeben, was die offiziellen 71% Wahlbeteiligung ausmachen.
Außerdem können wir davon ausgehen, dass eine große Zahl an GastarbeiterInnen, MigrantInnen, Jugendliche die in Tirol arbeiten und leben von den Wahlen ausgeschlossen ist.

Eine einzigartige Taktik und Strategie bei Gemeinderatswahlen in Tirol sind die Listen. Es kommt einem so vor, als wären die Stärksten und beliebtesten vor allem unabhängige Listen, wie "Wir für...", oder "unabhängige Liste". Genauer angesehen sind es aber doch Personen, oder Richtungen, die man deutlich den einzelnen Parteien zuordnen kann, es hört sich nur netter an, wenns "unabhängiger" klingt.
Vor und nach den Wahlen gilt: geht nicht wählen, sondern wehrt euch und kämpft!

Es bringt uns rein gar nichts unsere Stimme abzugeben, um die "besseren" Ausbeuter zu wählen. Wir wissen, egal ob Grüne, FPÖ, ÖVP, SPÖ usw. sie dienen alle doch nur ihren eigenen und den Interessen der Herrschenden, uns aber dienen sie nicht! Deshalb müssen wir selbst für unsere Rechte kämpfen und das werden wir nicht durch ein "Kreuzerl" bewerkstelligen, sondern aktiv: auf der Straße, in der Schule, in der Arbeit, Wohnviertel usw.!

Für den aktiven Wahlboykott!
Klassenkampf statt Wahlkampf!

Unter der Regierungsbeteiligung der Grünen in Tirol wurden u.a. Proteste von Frauen für das Recht auf Abtreibung von der Polizei gewaltsam aufgelöst, zwei Personen verhaftet und Strafen erlassen! Wir finden es unter anderem daher sehr bedenklich, dass sich demokratische türkisch/kurdische Kräfte in Tirol für die Grünen zur Kandidatur aufstellen ließen. Damit werden Illusionen unter fortschrittlichen und demokratischen Leuten verbreitet, mit diesem Parlament irgendwelche Besserungen für die Mehrheit der Bevölkerung schaffen zu können.



Korrespondenz

Eugen Russ
Der Berlusconi Vorarlbergs

Seit nun knapp hundert Jahren prägt die Familie Russ maßgeblich die Vorarlberger Medienlandschaft. So gehören z.B. sämtliche (!) Vorarlberger Tageszeitungen, so gut wie alle relevanten Online Tagesmedien sowie der Radiosender mit der größten Sendereichweite im Ländle (Antenne Vorarlberg), einem einzigen Konzern. Dieser wird geleitet vom Enkel des Gründers des Imperiums. Eugen Russ, dessen Schwester Gabriele Nußbaumer für die ÖVP als Vizepräsidentin im Vorarlberger Landtag sitzt, vertritt wo er und sein Clan nur können die Meinung der Herrschenden und Ausbeuter. Mit ständigen Rufen nach Law&Order sowie die oft mehr als eindeutige Positionierung gegen Flüchtlinge, Roma und andere Randgruppen vertritt Russ Media ganz klar einen faschistischen Kurs. So strotzen auch diverse Kommentarspalten von hasserfüllten und klerikalfaschistischen Postings. Diese werden nicht nur toleriert sondern sogar gepusht. Russ Media vertritt bestens den Österreichischen Imperialismus mit seinen diversen Ablegern in anderen Ländern insbesondere in Ungarn und Rumänien wo sie auch stets die Position der dortigen Machthaber unterstützt.
Boykottiert Russ Media und seine faschistische Hetze. Glaubt die Lügen der bürgerlichen Presse nicht. Wir sind eine eigene Klasse helft mit eine eigene Zeitung zu erschaffen!

OÖ: unter dem Stichwort "Flüchtlingskrise" wird arbeiterfeindliche Politik umgesetzt!

Die sogenannte „Flüchtlingskrise“ wird diesmal vorgeschoben, um Kürzungen der Mindestsicherung zu rechtfertigten. Kürzungen der Sozialleistungen (Wohnbeihilfe, Familienbeihilfe, Pensionen usw.) sind mittelfristig immer gegen die Mehrheit der Bevölkerung gerichtet **(nicht gegen einzelne „Randgruppen“!)** und müssen zurückgeschlagen werden!

Einige Eckpunkte zum Plan der OÖ Landesregierung:

- Bei „Arbeitsunwilligkeit“ soll beispielsweise die Mindestsicherung nach einem Jahr um mindestens 25 Prozent gekürzt werden - stellt sich die Frage wer arbeitsunwillig ist. Wenn ich keinen schlecht bezahlten Job annehme? Wenn ich nicht bereit bin, für einen Job umzuziehen? Wenn ich eigentlich Invalide bin und für den Großteil der Arbeiten ausscheide?
- Bei einem Mehrpersonen Haushalt soll es maximal 1500€ geben, egal wie viele Kinder mitversorgt werden müssen.
- Für Asylberechtigte soll es Kürzungen geben (um 50%), die Flüchtlinge welche zur Argumentation benutzt werden, sind generell keine Empfänger der Mindestsicherung.
- Es soll umgestellt werden auf Sachleistungen, anstatt einer Auszahlung.

Mit einem erfolgreichen Angriff auf die Mindestsicherung, wird es mit zusätzlichen Angriffen auf unsere Löhne weitergehen, welche heute oft schon nahe der Mindestsicherung sind! Sachleistungen und Arbeitszwang steuern ein Modell ähnlich HartzIV in Deutschland an – welches KVs unterwandert und billige „Zwangsarbeit“ systematisiert. Es ist nicht so, als gäbe es Unterwanderung der KV und Zwangsarbeitsmaßnahmen nicht schon längst in Österreich, es ist klar wo der Trend hingeht! Gerade deshalb dürfen wir die Kürzung der Mindestsicherung nicht durchgehen lassen!

Viele der Angriffe auf die ArbeiterInnen der letzten Jahre wurden auch unter Beteiligung (oder angeführt von) der SPÖ durchgeführt – ihre derzeitige Empörung über den sogenannten „sozialen Kahlschlag“ ist nicht weniger heuchlerisch als das Gerede von der „sozialen Heimatpartei“ der deutschtümelnden FPÖ. (ÖVP und Grüne hingegen geben sich nie als „Arbeiterparteien“, sie machen Politik wofür sie ihre Wähler gewählt haben – entgegen der Illusionen die so mancher in SPÖ und FPÖ hat)

In den Betrieben, der Schule, den Vereinen und den Wohnvierteln: Wehrt euch und kämpft!
Es heißt nicht „Flüchtlinge gegen Einheimische“ oder „Arbeiter gegen Arbeitslose“ - Nein, nach wie vor geht es um „Volksmassen gegen die Herrschenden“

[Der Text (in gekürzter Fassung) stammt von der Soligruppe Linz, welche sich mit einem Flugblatt an der Demo am 13.3. in Linz beteiligte.]



Linz, 13.3.2016: Demonstration gegen die Kürzung der Mindestsicherung an der sich mehrer Hundert Leute beteiligten.

Korrespondenz aus der Schule

Schülervertretung: Der lange Arm der Direktion

Zu jedem Schulbeginn wählt man bekanntlich an den Schulen die sogenannten „Schülervertreter“. Sie sollen das Gegenstück zur Direktion sein und sollen sich für Schülerrechte einsetzen. Dies ist an unserer Schule eher ein Wunschdenken. Seit fast vier Jahren sind fast immer die selben Schülervertreter aufgestellt worden. Alle von der selben Organisation und zwar der ÖVP-nahen Schülerunion. Einige von ihnen sind schon fleißig dabei sich bei Burschenschaften hochzuarbeiten. Sie betreiben z.B. an meiner Schule Werbung und teilen Sachen aus. Jedoch konzentrieren sie sich überhaupt nicht auf den Job der Schülervertretung. Mir kommt es eher schon so vor, als wären sie der lange Arm der Direktion. Früher gab es das Schülerparlament, wo man alle Vertreter der Klassen einlud, um dann über Probleme zu diskutieren und sie zu lösen. Dies gibt es nicht mehr. Die Probleme bzw. die Wünsche der Schüler werden einfach ignoriert und es wir überhaupt nichts mehr gemacht, außer Werbung für die Schülerunion und Co. zu machen.
Mir kommt es echt schön langsam so vor, als hätten die Schüler bei uns fast keine Rechte mehr. Die Direktion geht immer mehr gegen Dinge vor, die man früher gemeinsam mit der Vertretung geschafft hat.

Lukas, 17

Schließung der Grenzen und Verschärfung der imperialistischen Widersprüche bedeuten neue Gefahren für die Völker!

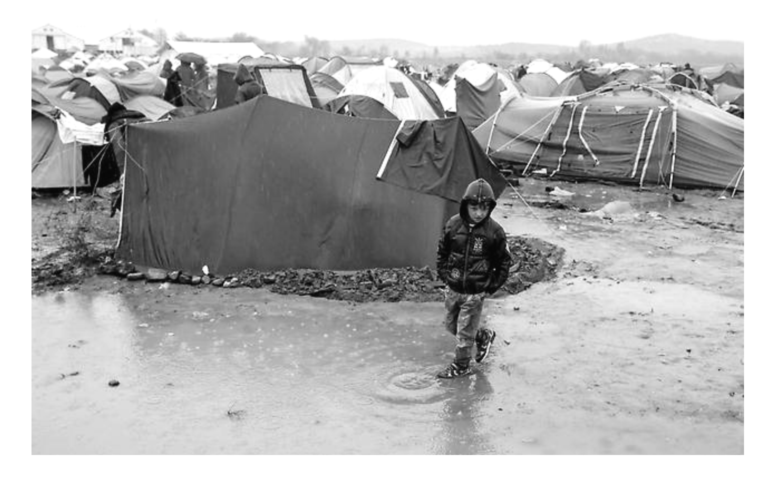
weiter von Seite 1



Einerseits gibt es innerhalb der EU-Imperialisten mehrere Widersprüche und Antagonismen, andererseits gibt es auch die Widersprüche die das Imperialistenbündnis EU zu den USA hat. Der Beschluss, die Grenzen zu schließen und besser zu kontrollieren und den Migrationsfluss durch die Balkanroute substanziell zu reduzieren, den die EU Länder bei ihrem letzten Treffen trafen, fand im Rahmen dieser Widersprüche statt.
Kurz davor war die Westbalkankonferenz (23.2) in Wien, die die ÖVP Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und der ÖVP Außenministers Sebastian Kurz initiiert haben und an der außer Österreich, Slowenien, Kroatien, Serbien, Mazedonien, Bulgarien, Albanien, auch der Kosovo, Montenegro und Bosnien beteiligt waren. Griechenland wurde nicht eingeladen und gleichzeitig ins Visier genommen: Mikl-Leitner stellte fest *„eine Koalition der Balkanländer ist notwendig, um Druck auf Griechenland anzusetzen, damit der Schutz der europäischen Grenzen endlich durchgesetzt wird“.* Griechenland hat mit dem Abzug der griechischen Botschafterin aus Österreich geantwortet und andere Länder in der EU, wie Deutschland kritisierten diese Aktion Österreichs als Provokation gegenüber der „gemeinsamen EU-Flüchtlingspolitik“. Der österreichische Imperialismus versuchte mit dieser Aktion, seine Rolle innerhalb der EU zu stärken und vor allem als kleines imperialistisches Land seinen Einfluss auf seine Kolonien auf dem Balkan – hauptsächlich Kroatien und Bosnien – zu festigen. Die EU-Imperialisten, wie hier Österreich oder Deutschland, als auch ihre Kompradoren (Handlanger/ Profiteure) in den Balkanstaaten interessieren sich allerdings Null für die Rechte der Flüchtlinge und die Bedingungen, die sie für sie schaffen, genauso wenig wie sie sich für ihre „eigenen“ Völker interessieren. Ihr einziges Interesse liegt in der Stärkung und Ausdehnung des eigenen Einflussgebietes und Machterhaltes, das bedeutet ihr Interesse liegt darin, bessere Ausbeutungs- und Unterdrückungsbedingungen zu schaffen.
Wie sehr die anderen EU Länder tatsächlich gegen die Initiative Österreichs waren, die sie kritisierten, hat man dann gleich gesehen. Deutschland stimmte im Parlament das „Asylpaket II“ ab, was Maßnahmen für die Einschränkung der Bedingungen für Asylwerber und die Erleichterung der Abschiebungen einführt. Die restlichen EU Länder beschlossen am 7.3 einstimmig die Absperrung der Balkanroute und gaben der österreichischen Initiative Recht. Die griechische Regierung, die nun als Opfer dargestellt wird, da sie mit einem steigenden Migrantenstrom konfrontiert ist, trägt ebenfalls eine große Verantwortung für den Massenmord und das Massenelend der Flüchtlinge in Europa. Die griechische Regierung setzt die Interessen der großen Imperialisten regional durch, weil sie mit den US-Militärbasen in Griechenland den imperialistischen Krieg in Syrien direkt unterstützt, weil sie sich für jede „Erleichterung“ an die Imperialisten anbietet (z.B. den NATO Einsatz im Mittelmeer unter deutscher Führung) und weil sie die reaktionäre Flüchtlingspolitik der EU eins zu eins implementiert, mit der Verfrachtung der

GRIECHENLAND

IDOMENI: 14.000 Menschen warten darauf über die mazedonische Grenze zu kommen und weiter ziehen zu können. Der österreichische Staat peitschte die Grenzschließung und die Aufrüstung an den Grenzen ein – diese Militarisierung behebt keine Probleme und ist direkt gegen die Flüchtlinge gerichtet! Zahlreiche Menschen sterben bei der Flucht und unter den katastrophalen Zuständen in den Flüchtlingslager. Es ist kalt, nass, es gibt kaum zu essen, gegen Krankheiten kann nichts unternommen werden – für Kinder, Frauen und Männer herrschen elendie Bedingungen! Bei neuen Wegen die über die Grenze gesucht werden ertranken am 14.März drei Menschen in einem Fluss.



Migranten in Migrantenlagern, mit der Schließung der Grenze in Evros (was zu hunderten Toten im Ägäischen Meer führt), usw.
Sowohl für die Migranten als auch für die Völker Europas bedeutet die imperialistische „Lösung“ des Flüchtlingsproblems verschärfte Angriffe gegen noch verbliebene demokratische Rechte, Ausdehnung der imperialistischen Aggression, Erweiterung des imperialistischen Krieges. Aufgrund der Verschärfung der Widersprüche zwischen den Imperialisten könnte der bestehende Konflikt in Syrien zu einer offenen Auseinandersetzung führen. Wenn man solidarisch mit den Millionen Flüchtlingen sein will, hilft es leider wenig Essen, Kleidung und Medikamente zu spenden, denn das Elend, der Mord und die Flucht von Menschen wird nicht aufhören, wenn dieser verbrecherische imperialistische Krieg nicht beendet wird. Die Völker Europas haben kein Interesse daran, ihren Regierungen und der EU bei der „Bewältigung der Flüchtlingskrise“ zu helfen, da es im Imperialismus eine Lösung dieses Konflikts nicht gibt und nicht geben kann – Imperialismus ist nämlich die Ursache für die Flüchtlingswelle und den Tod von Tausenden Menschen in Mittel Osten. Die Arbeiterklasse und unterdrückten Völker dieser Welt müssen den antiimperialistischen Kampf entfalten und zusammen mit den Migranten das faulende imperialistische System zerschlagen. Das ist die einzige realistische Antwort zur Flüchtlingsdrama.

[den Text in läbgerer Fassung findet ihr auf: demvolkedienen.org]

Auf der Demo gegen die hetzerische FPÖ Kundgebung in Liesing (Wien), wurden vom RA (Revolutionären Aufbau) und ADHF (Föderation für demokratische Rechte in Österreich) Flugblätter mit Forderungen in der Fluchtfrage verteilt, welche eine klare politische Ausrichtung in der Flüchtlingbewegung geben. Es geht nicht um Hilfe im Sinne von Wohltätigkeit, es geht um politische Rechte und den gemeinsamen Kampf der Unterdrückten! Das ist unserer Meinung nach von großer Wichtigkeit, da gerade in dieser Frage die Kräfte einer linken Bewegung oft entpolitisiert und in Wohltätigkeit gebündelt werden. Im Folgenden nun einige Forderungen aus dem Flugblatt:

Weg mit der Obergrenze, weg mit allen Zäunen und anderen Grenzschließungsmaßnahmen!

Keine Zwangsarbeitsmaßnahmen gegenüber Flüchtlingen und AsylwerberInnen!

Uneingeschränktes Arbeitsrecht, Bleiberecht und Mobilitätsrecht!

Keinerlei staatliche, politische oder wirtschaftiche Unterstützung von Frontex!

Österreich raus aus allen flüchtlingsfeindlichen EU-Übereinkommen!

Abzug aller österreichischen Truppen aus dem Ausland!

Stopp allen österreischischen Waffenexporten!

revaufbau.wordpress.com

SONNTAG 20.3.2016, 16:00 Uhr

Diskussionsveranstaltung über den Weg der Flüchtlingssolidarität und was wir gemeinsam tun können.

- Stollgasse 1b, 1070 Wien, Kulturverein Orient -

Korrespondenz

Veranstaltung „Flüchtling zu sein ist keine Wahl!“

Am 13. März fand in Wien, im „Musik- und Kulturverein Orient“ (nahe Westbahnhof), eine Veranstaltung unter dem Titel „Flüchtling zu sein ist keine Wahl!“ statt. Es sprachen unter anderem Michael Genner (Obmann von Asyl in Not), Dr. Günter Klodner (Rechtsanwalt), Dr. Askar Demirel (Rechtsantwalt), und Yusuf Demir (vom Vorstand der Konföderation für Demokratische Rechte, ADHK). Die Veranstaltung war mit 40 Personen gut besucht und auf die überaus interessanten Beiträge der Referenten folgten viele spannende Fragen, beispielsweise wie der Flüchtlingssolidaritätsbewegung eine wirklich antiimperialistische Stoßrichtung verliehen werden kann, oder was für eine stärkere Verbindung zwischen der Flüchtlingssolidaritäts- und der Frauenbewegung getan werden muss. Rund um diese Fragen entwickelten sich spannende und angeregte Diskussionen um die politischen Aufgaben einzelner, solidarischer Personen, aber auch politischer Organisationen. Michael Genner von Asyl in Not betonte dabei insbesondere die Notwendigkeit, dass sich demokratische Organisationen aus dem MigrantInnenbereich stärker den solidarischen und fortschrittlichen Bewegungen in Österreich zuwenden müssen. Den Abschluss fand die Veranstaltung in der Deabtte über Losungen und Parolen der Solidaritätsbewegung, die eine korrekte politische Richtung und Orientierung vorgeben müssen. Eine davon verbindet die österreichische Solidaritätsbewegung mit dem revolutionären und demokratischen Kampf der Bevölkerung in der Türkei/Nordkurdistan, denn es wurde festgehalten, dass man hierzulande gegen Sparmaßnahmen und Kürzungen auch deshalb gemeinsam kämpfen muss, weil mit diesen Geldern unter anderem das faschistische Erdogan-Regime von der österreichischen Regierung mitunterstützt wird. Die österreichische Volksbewegung und die türkisch/kurdischen revolutionären und demokratischen Kräfte haben hier ein gemeinsames Interesse in der Tagespolitik.



Philippinen: 8.März 2016

8. März 2016 – International

Türkei: Die kämpferische Demonstration in Istanbul, an der sich bis zu knapp 1000 Frauen beteiligten, wurde von der Polizei im Bezirk Kadikoy zerschlagen. Trotz der heftigen Angriffe durch die Reaktion kämpften die Frauen mutig gegen die Sicherheitskräfte um ihren gerechtfertigten Kampftag zu verteidigen. Auch in Ankara, wurde eine Demonstration durch die Polizei brutal aufgelöst.

Mexiko: Die Demonstrationen richteten sich hauptsächlich gegen die Gewalt an Frauen und den Frauenmord. Zehntausende Frauen strömten hinaus auf die Straßen um die Regierung dafür anzuklagen, dass sie die Gewalt gegen Frauen legalisieren und unterstützen. Seit Sommer 2015 bekam die Frauenbewegung in Lateinamerika einen großen Aufschwung, die in jedem Land Ausdruck fand und auch am diesjährigen 8. März zu einem Aufschwung der Demonstrationen führte.

Italien: Die von der Revolutionären Proletarisch-Feministischen Bewegung (MP-FR) initiierten Proteste, riefen zu einem neuen Frauenstreik, zur Durchsetzung demokratischer Rechte sowie gegen die Ansteigende (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen, auf. Straßenproteste und Veranstaltungen, wurden organisiert um die unterdrückten Frauen enger zusammenzuschließen und somit der Frauenbewegung einen Aufschwung zu verleihen. Ebenso wurde die Freilassung der inhaftierten weiblichen Militanten der Roten Brigaden gefordert.

Palästina: Die Proteste der palästinensischen Frauen richteten sich gegen die grausame Gewalt der zionistischen Besatzer und deren Sicherheitskräften, die versuchen die kämpferische Frauenbewegung durch die Inhaftierung, Schikane, Vergewaltigungen und Folter führender Aktivistinnen zu zerschlagen. Seit Beginn der zionistischen Besatzung Palästinas wurden über 10.000 Frauen inhaftiert oder sind „verschwunden“. Seit Beginn 2016 waren es 26 Frauen, die eingesperrt wurden, weil sie für die Rechte der palästinensischen Frauen und des Volkes kämpften.

Philippinen: Die unter dem Dachverband „Gabriela – Allianz der philippinischen Frauen“ geführten Proteste fanden unter dem Zeichen der internationalen Solidarität sowie unter der Losung „Bekämpft die unterdrückenden, imperialistischen Marionetten, die korrupte und faschistische Regierung.“ sowie „Frauen, kämpft für Arbeitsplätze, Land, soziale Absicherung und eure Rechte!“. Diesem Aufruf folgten zehntausende Frauen, die ihre Stärke zeigten und die Solidarität mit der revolutionären Befreiungsbewegung ihres Landes ausdrückten.

8. März 2016 – Österreich

Bekämpft das Patriarchat und den Imperialismus!

Unter dieser Losung wurde zum internationalen Frauenkampftag 2016 in fünf Bundesländern Aktivitäten entwickelt und Aktionen durchgeführt. Mit 1.000 Plakaten, Flugblättern, sowie Aufrufen zum 8.März mobilisierten wir für den wichtigsten Tag der kämpferischen Frauen. In Wien wurde mit anderen demokratischen und revolutionären Frauenorganisationen eine eigenständige Demonstration durchgeführt – unter der Losung „Frauen international kämpfen gegen Patriarchat und Imperialismus!“ – in Innsbruck beteiligte sich ein eigener lautstarker „Roter-Frauen-Block“ auf der Demonstration am 5.März.

Im Allgemeinen war der 8. März 2016 ein guter Schritt nach vorne, es konnten neue Kräfte miteinbezogen werden und „alte“ Kräfte entwickelten sich. Doch haben wir auch einige Fehler und Mängel feststellen können, die wir nun mit aller Ernsthaftigkeit bekämpfen und beheben werden. Wir wollen uns dahin entwickeln ein wirkliches Instrument für die Organisierung und Mobilisierung der Frauen im Kampf gegen das herrschende System sein. Dazu müssen wir auf unsere eigenen Kräfte vertrauen, und fest gestützt auf den proletarischen Feminismus mutig nach vorne gehen!

Es lebe der 8.März!
Es lebe der proletarische Feminismus!

Rotes Frauenkommitee Wien



Linz: Mobilisierungsaktion zum 8.März 2016

Leserbrief

Da jetzt ja wieder die 8.März-Demo ansteht, möchte ich kurz ein Thema ansprechen, dass mich bei den Demos immer wieder beschäftigt: die Parolen. Oft habe ich das Gefühl, dass Parolen einfach so geschrien werden, ohne dass darüber nachgedacht wird, warum und weshalb! Das finde ich nicht gut, denn Parolen sollten ja deswegen gerufen werden, weil der Inhalt genau mit unserer Situation und den Forderungen die wir stellen übereinstimmen muss. Genau deswegen wird wahrscheinlich oft so wenig gerufen, oder mitgeschrien, weil der Inhalt einfach nicht passend ist, und die Leute nicht das Gefühl haben, dass sie ihre Anliegen wiederspiegeln.

Ein Beispiel anhand von Sprüchen zur Frauentagsdemo: "Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat!" Dieser Spruch ist sehr verbreitet, fast alle kennen ihn und schreien auch mit. Aber was bedeutet er zur aktuellen Lage der Frauen heute in Österreich? Kein Gott: Natürlich lehne ich die Religion an sich als unwissenschaftlich ab, doch wir erkennen heute in Österreich einen vermehrt antimuslim- ischen Rassismus. Wir wollen den Frauen heute die Religion nicht verbieten, ja schon gar nicht wenn es die faschistische Propaganda rund um das Thema Flüchtlinge und Muslime stützt. Kein Staat: Der Staat an sich ist Ausdruck von Klassenwidersprüchen, jedoch dürfen wir nicht vergessen, dass es große nationale Befreiungskämpfe gibt, die für einen eigenen, unabhängigen Staat kämpfen, wie zum Beispiel Palästina und Kurdistan. Die Parole, wenn sie schon sehr abstrakt ist, müsste die Ursachen, bzw. den Kampf dagegen beinhalten, zum Beispiel "bekämpft das Patriarchat", oder für die Befreiung von unterdrückten Völkern und Nationen.

"Patriarchat und Imperialismus, sind die Quellen des Sexismus!" Das ist eine relativ unbekannte Parole, jedoch korrekt. Sie drückt aus, dass Sexismus nicht das Hauptproblem der Frauen ist, sondern durch das Patriarchat und den Imperialismus geschürt wird.

Dieser Kurze Leserbrief soll eine Anregung sein, zukünftig über Parolen gut nachzudenken bevor wir einfach mitschreien. Ich denke, wenn wir das tun, selbst welche erfinden die inhaltlich richtig sind, dann wird das auch an der Lautstärke merkbar sein!

Mona

Lernt aus den Erfahrungen der Kulturrevolution! Entwickelt den Proletarischen Feminismus!

Im Verständnis der Frauenemanzipation brachten die Erfahrungen der Chinesischen Revolution und besonders die Erfahrung der Großen Proletarischen Kulturrevolution (GPKR) einen qualitativen Sprung. Die Errungenschaften der GPKR sind die wesentliche Grundlage für den Proletarischen Feminismus!
Sämtliche mechanistische Auffassungen, die sich immer wieder einschlichen, wurden weggeräumt: der Kampf um Frauenemanzipation wurde als langer Kampf und eng verbunden mit der Frage der Macht erkannt, nicht als etwas, das nach der Revolution „automatisch" gelöst wird. Praktisch bedeutete dies vor allem eine Vielzahl an Massenkampagnen, die alte Denkweisen und Bräuche kritisierten und bekämpften.
Aber auch im materiellen Leben gab es wichtige Änderungen, die zur Frauenbefreiung beitrugen. Einerseits wurde die Hausarbeit zur gesellschaftlichen Arbeit. Sie war keine individuelle Arbeit mehr, die die Frau ans Heim kettete, sondern wurde zur kollektiven Arbeit, die von der Gesellschaft allgemein angepackt wurde, z.B. durch kollektive Werkstätten und selbstständige, freiwillige Beiträge.
Die Frau wurde auch vom Kind befreit, durch die Befreiung des Kindes selbst. Die Kindererziehung wurde umgestaltet, die neue Schule nahm die lebendige Gesellschaft und Produktion als Basis des Lernens, anstatt von blindem Gehorsam gegenüber Experten. Kindern waren nun nicht mehr das Privateigentum und die alleinige Verantwortung der Eltern, wie dies in der bürgerlichen Gesellschaft der Fall ist, sondern wurden als Kinder des Volkes verstanden.
Kurz gesagt: die Erfahrungen der GPKR vollendeten das wissenschaftliche Verständnis der Frauenfrage, das von Marx und Engels begründet worden war.

2016 ist daher auch für den Frauenkampf ein bedeutendes Jahr. Wir feiern heuer den 50. Jahrestag der Ausrufung der Kulturrevolution!



"Der internationale Frauenkampftag am 8.März 2016, ist ein besonderer Tag für die proletarisch-feministischen Kräfte, denn 2016 ist das 50. Jahr der Ausrufung der Großen Proletarischen Kulturrevolution, der höchste Punkt den der weltweite Kampf um Frauenemanzipation bisher hervorgebracht hat und das 40. Jahr des Todes des großen Vorsitzenden Mao Zedong, der die allmächtige Waffe der Frauen, den proletarischen Feminismus, um sich die Emanzipation zu erkämpfen, geschmiedet hat. Die GPKR hat der Welt gezeigt, dass die Frage der Emanzipation der Frau ein Bestandteil der Sache der Emanzipation des Proletariats ist und, dialektisch mit diesem verbunden, nur durch die vollkommene Zerstörung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse und der bürgerlichen Ideologie siegen kann."

[Aus einem Flugblatt des "Rot Front Kollektiv" - siehe ***rotfrontkollektiv.wordpress.com****]*

8.März 2016 am Balkan

Der 8. März hat generell in den Ex-Jugoslawischen Staaten eine sehr große Bedeutung. Auch dieses Jahr gab es Aktion in Slowenien, Kroatien, Bosnien, Serbien, Kosovo, Montenegro, Mazedonien. Gewalttaten an Frauen wie Vergewaltigungen, Frauenhandel und Frauenmord sind hier deutlich weiter verbreitet als in Westeuropa. Aber auch die allgemeine Lage, hervorgerufen durch imperialistische Ausplünderung, trifft die Frauen dieser Region stärker. Arbeistlosigkeit, Niedriglöhne, schlechte Gesundheitsversorgung usw. sind hier noch größere Probleme als in den imperialistische Ländern.

Serbien: Es gab dieses Jahr ebenfalls wieder viele Protestaktionen zum 8.März. Die größte Aktion war eine Demonstration in der Belgrader Innenstadt an der sich einige hundert Frauen und Männer beteiligten.

Bosnien: In Bosnien gab es ebenfalls mehrere Aktionen zum 8.März. Dieses Bild stammt von einer Demonstration in Banjaluka. Auf dem Fronttransparent steht: "Wascht eure Hände nicht an den Frauenrechten rein." Die Regierenden Politiker versuchen sich vor alllem rund um den 8.März als FeministenInnen zu präsentieren, was vor allem von den DemonstrantInnen zurückgewiesen wird.

Kosovo: In Prishtina gab es eine größere Demonstration bei der unter Anderem Schilder wie "nieder mit dem Patriarchat" und "gegen Homophobie" getragen wurden. Die Lage der Frauen im Kosovo zählt zu den schlimmsten in Europa. Die Anzahl von Frauen, die arbeiten gehen liegt laut offiziellen Zahlen nur wenig über 20% (gleicher Wert wie in Saudiarabien). Erst letztes Jahr kam es zu einem besonders grausamen Frauenmord. Die Wörter mit denen der Premierminister die Frauen "ehrte" sind auch nichts weiter als patriachale Schmeicheleien für eine treue und fügige Mütter.



Bosnien 8.März 2016

Kosovo 8.März 2016

SERBIEN

Demonstration gegen NATO Beitritt

BELGRAD, 20. Februar: Großdemonstration mit ca. 20.000 Teilnehmern statt. Thema war die Annäherung Serbiens an die NATO welche von der EU schon seit längerem massiv gefordert und gefördert wird. Laut Statistiken sind jedoch ca. 80% der Serben gegen einen Beitritt.

Somit wird gezielt gegen den Willen des Volkes gearbeitet. Der NATO Beitritt Serbiens wäre eine weitere kostengünstige Methode für den europäischen Imperialismus seine zukünftigen Kriege im nahen Osten und Nordafrika ausfechten zu lassen. Bei Fehlschlägen könnte man so immer noch Serbien den schwarzen Peter zuschieben. Auch die Interessen Österreichs also des österreichischen Imperialismus werden dadurch vertreten. Da Österreich offiziell kein NATO Mitglied werden kann, aber dennoch natürlich Interesse an einer fremden Kampfeinheit für eigene Zwecke hat wird direkt die österreichische Tradition des Balkan Kolonialismus fortgesetzt. Auf der anderen Seite warten Putin und die russischen Nationalisten denen die Annäherungsversuche Serbiens an EU und NATO nicht gefallen. Zu stark sind die eigenen imperialistischen Machtgelüste Russlands an der Region. Das serbische Volk wird zwischen den gierigen Händen der Herren Europas zerrissen.

Nur die neudemokratische Revolution kann die unterdrückten Völker und unsere Klasse vor der unmenschlichen Macht- und Gewinngier der Imperialisten retten.

Solidarisiert euch mit Serbien und allen anderen unterdrückten Völkern und zerschlagt gemeinsam den Imperialismus und Faschismus. Unsere Rebellion ist gerechtfertigt!

SLOWAKEI

Parlamentswahl: Erfolg für migrantenfeindliche und für offen faschistische Parteien

BRATISLAVA - Joseph Grim Feinberg, Historiker und Soziologe von der Karls-Universität in Prag, beschreibt das Ergebnis der Parlamentswahlen im Nachbarland Slowakei vom Sonntag, den 6. März, wie folgt (Übersetzung aus dem Englischen): "Auf den ersten Platz mit 28,28% kam eine rassistische, anti-Migranten-Partei mit (dem Namen nach) sozialdemokratischen 'Überbleibseln' (die SMER-Partei des Premierministers Robert Fico); auf den zweiten Platz (12,1%) eine noch rassistischere, anti-Migranten-, anti-Arme, anti-griechische und libertäre Partei (SaS, „Freiheit und Solidarität"); auf den dritten Platz (11%) eine aus Rassisten, radikalen Konservativen und „toleranten Liberalen" bestehende Partei (OL'aNO-NOVA, „Unabhängige" - „Die Neue"), auf den vierten Platz (8,6%) eine rassistische, anti-ungarische und anti-Roma (anti-ziganistische) Partei (SNS, Slowakische National-Partei, die damit wieder ins Parlament einzieht), und auf dem fünften Platz ("last not least") (8%) eine offen faschistische Partei (Kotleba-L'SNS, „Volkspartei Unsere Slowakei") im Stil der faschistischen Parteien der Zweiten-Weltkriegs- bzw. Nazi-Zeit, mit Straßenbanden und paramilitärischen Verbänden."

MEINUNG

In der letzten Ausgabe unserer Zeitung gingen wir sehr allgemein auf Themen rund, die die nationale Minderheit der BurgenlandkroatInnen betreffen ein. Wir denken daher, dass es im Weiteren notwendig ist, das ganze Thema genauer zu behandeln und auf einzelne Punkte einzugehen. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir eine Zuschrift diesbezüglich.

Burgenlandkroaten: Bewahrt Sprache und Kultur!

Genau so wie für eine nationale Minderheit ihre eigene Geschichte wichtig sind, oder die Politik die ihr gegenüber betrieben wird, ist auch die Identifikation ihrer Angehörigen eine wichtige Frage. Spricht man mit Angehörigen dieser Minderheit, hört man immer wieder dieselben Positionen. Viele identifizieren sich gar nicht als BurgenlandkroatInnen.

Gerade die jüngeren Generationen betrachten sie als etwas veraltetes, ein Anhängsel. Sie vergleichen ihre heutige Lebenssituation mit jener der vorigen Generation, die das „Burgenlandkroatentum noch gelebt hat." Diese Ansicht bestärkt für sie auch der Umstand, dass sie die Sprache oft gar nicht mehr sprechen können und auch mit den Traditionen nichts anfangen können oder über sie nichts wissen.

Gerade beim Thema Sprache merkt man das am deutlichsten. Der erste Kontakt mit ihr sind meistens die Großeltern, die die Sprache noch relativ gut sprechen. Weiter geht es dann mit dem Kindergarten und der Volksschule, in der die Sprache unterrichtet wird. Jedoch nur sehr schwach. Das unterschiedliche Vorniveau macht einen hochwertigen Unterricht schwierig. Nach der Volksschule geht es dann meistens auch schon bergab.

Diese Zustände sind auf den Mist der Politik gewachsen. Die Frage des 2-sprachigen Unterrichts wird als eine rein formale Sache behandelt und nicht als eine notwendige Sache für den Fortbestand einer nationalen Minderheit. Es wird seitens der Politik auch gar nicht versucht Anreize zu schaffen, die die SchülerInnen motivieren Initiativ zu werden. Stattdessen werden staatliche Förderungen für nationale Minderheiten immer mehr gekürzt und bürokratisiert. Gleichzeitig verharmlosen dieselben Kräfte die voranschreitende Assimilierung. Zugleich fördert die „moderne" mainstream (imperialistische) Kultur Ansichten wie die, dass das Burgenlandkroatentum etwas Veraltetes und Rückständiges ist. Herkunft kann nicht veralten. Wer etwas anderes behauptet verwechselt im besten Fall bestimmte Lebenssituationen mit Volkszugehörigkeit. Das Burgenlandkroatentum kann und muss von uns BurgenlandkroatInnen auch im hier und jetzt gelebt werden. Ansonsten verlieren wir nicht nur unsere Herkunft, sondern auch die positiven Seiten, die sie mit sich bringt. In diesem Fall Offenheit gegenüber anderen Völkern, ob im Ausland oder in Österreich und ein starkes Gemeinschaftsgefühl. Wenn wir dies nicht hochhalten, werden wir es auch nicht schaffen ein starkes und notwendiges Bewusstsein als nationale Minderheit zu entwickeln, welches es braucht um als nationale Minderheit aufzutreten, uns für unsere Rechte einzusetzen und zu überleben.

U zadnjem izdanju naših novin smo jako općenito obdjelali temu Gradiščanskih Hrvatov. Mislimo, da je potribno malo točnije pogledati pojedine točke. Za nacionalnu manjinu nisu samo važni povijest i politički postupak prema njoj, nego i svist pripadnikov za svoju narodnu grupu. U ovom članku kanimo pisati o pitanju identifikacije. Pominajući se s „prosječnim" Gradišćanskim Hrvatom ili Gradišćanskom Hrvaticom se čudakrat čuje iste izreke.

Največim djelom se mladja generacija već ne identificira sa svojom manjinom, neki je vidu kao ča zastarjenoga, ili još i teret. Prispodobu svoju današnju situaciju s generacijom njevih starji, ka je još živila „hrvatski duh". Ovaj stav očvrsti činjenica, da sami kumaj govoru jezik, a o kulturi i tradicija samo malo znaju.

Prvi kontakt s hrvatskim jezikom su največkrat staristarji. Oni čudakrat još dost dobro znaju jezik. Potom ide dalje sa čuvarnicom i osnovnom školom, u ki se samo malo područje obdjela i to samo slabo (jer je jezično znanje dice jako različno). Čim je osnovna škola gotova, je hrvatska nastava za največi dio dice mimo, i tim počne zabljenje. Ovu situaciju zahvaljajujemo političarom. Dvojezično podučavanje se vidi samo kao formalnu stvar, a ne kao potribna dužnost za budućnost nacionalne manjine. Ne pokušava se najti nove načine motivacije za školare, da bi se u nji budila svist i oni sami mogli pokazati inicijativu. Umjesto toga se podupiranja za nacionalne manjine sve već smanju i birokratiziraju. A rastujuća asimilaciju nije pominjka vridna. Moderna imperijalistička kultura podupira mišljenja da je gradišćansko-hrvatska kultura zastarjena. Porijeklo ne more zastariti! Ki to misli, pomiša životnu situaciju (pred 20-30 ljet) s kulturom ka živi i se razvija. Mi Gradišćanski hrvati znamo i moramo naše Gradišćansko hrvatstvo dandanas živiti. Drugačije ne zgubimo samo naše porijeklo, nego i njegove pozitivne strane. U ovom slučaju su to otvorenost prema drugi narodi i jaka ćut za društvo. Ako to ne cijenimo, nećemo uspjet stvoriti črvstu ćut pripadnosti k manjini ka je potribna da kot nacionalna manjina postupamo, se zalagamo za naša prava i preživimo.

Internationale Aktionswoche von 2.- 9. April 2016!

UNBEDINGTE FREILASSUNG FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN INDIEN

SOLIDARITÄT MIT ALLEN POLITISCHEN GEFANGENEN WELTWEIT

STOPPT DIE OPERATION GREEN HUNT, STOPPT DEN KRIEG UND DIE LUFTANGRIFFE GEGEN DIE VOLKSMASSEN

UNTERSTÜTZT DEN VOLKSKRIEG IN INDIEN

INTERNATIONAL WEEK OF ACTION
APRIL 2.-9.
2016

INTERNATIONAL COMMITTEE TO SUPPORT PEOPLE'S WAR IN INDIA

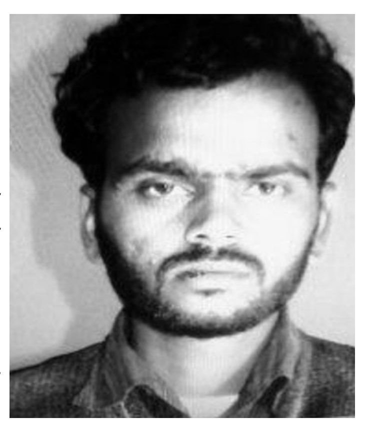
Zeigt euch solidarisch mit den kämpfenden Massen in Indien! Verurteilt den Genozid durch die Operation Green Hunt! Unterstützt den gerechtfertigten Widerstand und den Volkskrieg in Indien!

Den Aufruf und Plakate findet ihr auf ***revaufbau.wordpress.com***! Diskutiert in euren Organisationen, AktivistInnen-Gruppen, mit KollegInnen oder Freunden - und organisiert Aktionen und Treffen, beteiligt euch an der internatinalen Aktionswoche!

INDIEN

Ruhm und Ehre dem Genossen Sanjay Yadev.

Am 23.2 wurde der Genosse Sanjay Yadev, ein hochrangiges Mitglied der CPI(Maoist)/Kommunistischen Partei Indiens(Maoistisch) von der indischen Polizei im Bundesstaat Jharkhand ermordet. Direkte Reaktion der Partei hierauf ist der Aufruf zu einem Bandh(bewaffneter Streik) in acht Distrikte des Bundesstaates Jharkhand. Bewaffnete Streiks sind eine Kampfmethode die im indischen Volkskrieg immer häufiger und wirkungsvoller angewendet wird. Der letzte große Bandh wurde erst ende Jänner in vier Bundesstaaten erfolgreich durchgeführt. Er war die Antwort aud die Ermordung von 5 MaoistInnen. Gerade Straßen und Bahnverkehr die der indische Staat besonders schützte wurden in seinem Verlauf empfindlich getroffen.



TÜRKEI/KURDISTAN

Gründung der Vereinten Revolutionären Bewegung der Völker.

Am 12. März gründeten in der Türkei/Nordkurdistan neun bewaffnet kämpfende Organisationen aus der revolutionären ArbeiterInnen- und Volksbewegung einen gemeinsamen „antifaschistischen Block“ unter dem Namen Vereinte Revolutionäre Bewegung der Völker. Die prominentesten Teilnehmerorganisationen an diesem Verband sind u.a. die PKK, die TKP/ML, die MLKP und die Maoistische Kommunistische Partei (MKP).



Die Vereinte Revolutionäre Bewegung der Völker ist eine Organisation, die vor allem die gemeinsamen militärischen Kräfte gegen die Offensive des faschistischen türkischen Regimes bündeln soll. Alle neun Gründungsmitglieder haben VertreterInnen in einem gemeinsamen Koordinationskomitee, einzelne, militärisch besonders erfahrene Organisationen und Parteien, verfügen über KommandantInnen der gemeinsamen, der Organisationszugehörigkeit nach gemischten, Kampfgruppen. Rund um diesen militärischen Zusammenschluss soll dem Vernehmen nach auch die politische Zusammenarbeit dieser neun Organisationen vorangetrieben werden, vor allem im Kampf um demokratische Rechte. Schon am 13. März, einen Tag nach Gründung der Vereinten Revolutionären Bewegung der Völker, gab es in den Straßen Istanbuls die erste Aktion in Form eines bewaffneten Barrikadenkampfes gegen die Polizei.

Es stellt sich die Frage, ob die Vereinte Revolutionäre Bewegung der Völker der Motivation und den hohen Erwartungen, die viele türkisch/kurdische RevolutionärInnen in diesen Zusammenschluss haben, gerecht werden wird, oder ob sie beispielsweise wegen der Vielzahl vertretener Meinungen und Ansichten sich selbst auf Dauer lähmen wird. Es wird sich praktisch wohl erst im Verlaufe des Kampfes herausstellen, ob Befürchtugnen begründet waren oder die Gründung dieses Zusammenschlusses tatsächlich einen wichtigen Schritt nach vorne in der Entwicklung des Volkskrieges und der neudemokratischen Revolution in der Türkei/Nordkurdistan darstellt. Das Antifaschistische Aktion – Infoblatt wird auf jeden Fall weiter am Thema bleiben und über zukünftige Entwicklungen und verschiedene Aktionen berichten. [Anmerkung: Die Gründungsorganisationen in Abkürzung sind: MKP, TKP/ML, PKK, MLKP, DKP, TKEP/L, TiKP, THKP-C/MLSB und DK].

PHILIPPINEN

30 Jahre „People Power“

Letzten Monat wurden im Volkskrieg auf den Philippinen zum Anlass des 30. Jahrestags der sogenannten „People Power Revolution“ mehrere Offensiven durchgeführt. Damals 1986 bewirkten Massenproteste den Rücktritt des Faschisten Ferdinand Marcos und zur endgültigen Wiedereinführung des Mehrparteisystems. Diese Proteste werden oft von Pazifisten als eine Art philippinischer Gandhi Moment gesehen, ein Beweis dafür, dass friedliche Proteste zu Freiheit und Demokratie führen können.

Das philippinische Volk bekam aber bald am eigenen Leibe zu spüren, dass ein Mehrparteiensystem und Wahlen nicht weniger Faschismus und Repression bedeutet. Die „demokratischen“ Regierungen der letzten 30 Jahre setzten die Aggressionen gegen das Volk und seine Revolutionäre fort, im Dienste der Großgrundbesitzer und Lakaien des US-Imperialismus. Was bringen Parteien und Wahlen wenn Armut, Elend, Verschleppung und Folter an der Tagesordnung stehen?

Obwohl es bei uns in vielerlei Hinsicht (noch) nicht so schlimm ist, wie in den unterdrückten Ländern, so sollte uns doch auch klar sein, dass Wahlen und Parlament nicht bedeuten, dass wir in einer bürgerlichen Demokratie leben – der Faschismus kommt mit ihnen sehr gut aus. Der zunehmend offenen Repression des Staates kann man also auch nicht durch Illusionen in diese Institutionen begegnen, sondern es muss wie bei den Genossen auf den Philippinen, dem Faschismus der Volkskrieg, entgegengesetzt werden.

18. MÄRZ
DER TAG DER PARISER KOMMUNE



"Die Pariser Kommune wurde im heftigen Ringen zwischen der bewaffneten Revolution und der bewaffneten Konterrevolution geboren. Die 72 Tage der Pariser Kommune waren 72 Tage des bewaffneten Aufstandes, des bewaffneten Kampfes und der bewaffneten Selbstwehr. Was den bürgerlichen Reaktionären am meisten Schrecken einjagte, war eben, dass das Pariser Proletariat das Gewehr in der Hand hatte. Und ein tödlicher Fehler, den die Pariser Kommune beging, lag gerade darin, dass sie sich zur Konterrevolution allzu mild verhielt, nicht sofort nach Versailles marschierte und somit Thiers eine Atempause gönnte, so dass dieser das reaktionäre Heer aufs neue zusammentrommeln und tollwütig über das revolutionäre Paris herfallen konnte."

(Mao Zedong, "Es lebe der Sieg der Diktatur des Proletariats! - Zum 100. Jahrestag der Pariser Kommune)

Antifaschistische Aktion – revolutionäres Infoblatt in Österreich **ABO**

Holt euch die "Antifaschistische Aktion" als Abo 11x jährlich nach Hause - inklusive Sondernummern!

Preis: 20€

AKTION BIS MAI 2016:
5 € eures Abos kommen der GG/BO Sektion Österreich zugute!

Ich möchte ein Abo der *Antifaschistischen Aktion - Infoblatt*!

NAME

STRASSE

HAUSNUMMER/STIEGE/TÜR

ORT/PLZ

LAND

Ausschneiden, 20€ beilegen, in ein Kuvert - und absenden!

AN:
Antifaschistische Aktion-Infoblatt
Stiftgasse 8
1070 WIEN